

Motivation

Hitzeextreme und Dürreperioden – die letzten beiden Jahren zeigen auch für Deutschland, dass der Klimawandel längst angekommen ist. Dramatische Auswirkungen zeigen sich bereits jetzt in der Arktis, aber auch in Ländern wie Bangla Desh, wo die dauerhafte Zerstörung von Ackerland Menschen zur Binnenmigration zwingt. Die Welt von 2050 wird nicht mehr die sein, die wir heute kennen.

Die vom Klimawandel am meisten betroffene Generation, die Schülerinnen und Schüler, haben mit der FridaysForFuture-Bewegung dafür gesorgt, dass das Thema Klimawandel endlich einen hohen Stellenwert im politischen Diskurs einnimmt. Aber erfolgreich kann der Kampf für Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels nur sein, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen sich dem Kampf von FridaysForFuture aktiv anschließen

Darum haben wir, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Berlin, Leipzig und Potsdam, uns entschlossen, jeden Mittwoch öffentlich für eine Stunde unsere Arbeit niederzulegen, um in Solidarität mit FridaysForFuture für entschlossenen Klimaschutz zu demonstrieren. Seit dem 15. Mai finden unsere Aktionen allwöchentlich statt. Wir appellieren an unsere Kolleginnen und Kollegen an den Universitäten und Forschungsinstituten, sich uns anzuschließen.

Forderungen an die Politik

Wir fordern, dass Deutschland bis 2035 klimaneutral wird. Die Politik muss jetzt handeln und Maßnahmen beschließen, die garantieren, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Insbesondere erwarten wir, dass der Ausstieg aus der Kohleverstromung deutlich vor 2030 erfolgt, und die Emission von Treibhausgasen mit einer Steuer oder Abgabe belegt wird, deren Höhe den verursachten Schäden entspricht, also etwa 180€ pro Tonne CO₂.

Erwartungen an unsere Arbeitgeber

Unsere Aktion richtet sich nicht gegen unsere Arbeitgeber, die wir als Bündnispartner im Kampf gegen den Klimawandel gewinnen wollen. Aber da man Forderungen nur glaubwürdig stellen kann, wenn man ihren Imperativen selbst entspricht, fordern wir: die Hochschulen und Forschungsinstitute müssen bis 2035 klimaneutral sein.

Zum Erreichen dieses Ziels sollen unsere Einrichtungen

- a. einen Klimaschutzplan erstellen, der die Maßnahmen zum Erreichen der Klimaneutralität spezifiziert
- b. sich dazu verpflichten, jede ihrer Entscheidungen auf mögliche Auswirkungen auf das Klima zu prüfen
- c. Klimaschutz in den Leitungsgremien der Einrichtung institutionell verankern (Umweltkommission, Bündelung der Verantwortung bei einer Person (Vizepräsident*in, Kanzler*in), Planstelle für Klimaschutzmanager*in

und insbesondere

- d. die Energieversorgung zu 100% auf Ökostrom umstellen
- e. Maßnahmen zur Reduktion der Dienstreisen mit dem Flugzeug um 10% pro Jahr einleiten
- f. darauf hinwirken, dass der Weg zum Arbeitsplatz nicht mit dem Auto zurückgelegt wird
- g. darauf hinwirken, dass Bauten klimaverträglich erstellt werden (auch durch Interaktion mit Landesbauämtern etc.)

h. in der Beschaffung dem Gedanken der Nachhaltigkeit Priorität einräumen und generell

i. sicherstellen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die klimabewusst handeln, weder in Karrierehinsicht noch finanziell schlechter gestellt sind als ihre Kolleginnen und Kollegen, die anders handeln.

Wir appellieren an unsere Kolleginnen und Kollegen, Entscheidungen für Lehre und Forschung stets so zu treffen, dass sie den Weg der Wissenschaft hin zur Zukunftsfähigkeit erleichtern.

Forschungsstreik oder Klimapause?

Wir haben lange darüber diskutiert, ob unsere Aktion als Streik bezeichnet werden soll, so wie die Schülerinnen und Schüler ihre Freitagsdemonstrationen nennen. Das Wort Streik verweist mit seinem Anklang an die Verweigerung von Pflichten auf die Dramatik der Lage der Welt und unseren Wunsch, entschlossen zum Kampf der FridaysForFuture-Bewegung beizutragen.

Andererseits beruhen die Arbeitsverhältnisse von vielen von uns auf der Vertrauensarbeitszeit, so dass ein „Streik“ schwer manifestierbar ist, und viele von uns überschreiten -wie in der Wissenschaft üblich- die Regelarbeitszeit von 40 Stunden deutlich, so dass die 1 Stunde plus Weg, die wir dem Klimaschutz widmen wollen, den Streik auch rechtlich nicht erkennbar macht. Darum haben einige von uns Probleme, das Wort zu verwenden.

Wir haben uns darauf verständigt, dass jede und jeder unsere Aktion so nennen sollte, wie sie und er das will. Das Etikett ist weniger wichtig als dabei zu sein.

Gisbert Fanselow
Stefan Müller